

Erstet
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
Kleinspalt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 2 Pf.
incl. Pringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigebblattes.“

Der Volksstaat.

Ein Beitrag zur socialen Frage von Max Ländler.

Weniger durch die abgelehnten Paragraphen des Strafgesetzbuches und durch die in mehr als einer Hinsicht bedeutende Rede des Fürsten Reichskanzlers, als vielmehr durch die wieder mit erneuertem Eifer überall sich regenden Agitationen der betreffenden Parteiführer ist die sociale Frage wieder einmal trotz Drei-Kanzler-Conferenz und Salonichi fast mehr als je auf die Tagesordnung gekommen und die heranahenden Wahlen bieten ein Agitationsmittel, wie es bequemer nicht gedacht werden kann. Der allgemeine große Arbeiterverein ist zwar aufgelöst und damit sind ein gut Theil der Andern, welche den großen socialdemokratischen Körper durchziehen, unterbunden, ist es unserm Volke erschwert, in die große, allumfassende Weltbeglückungs-Genossenschaft einzutreten: es würde aber wenig Verständnis für das Parteilieben verrathen, wollte jemand behaupten, daß diesem großen Körper seine Lebensfähigkeit dadurch wirklich abgeschnitten wäre. Mit nichten! denn die Erfahrung lehrt, daß noch ein recht kräftiges Leben in seinen tiefer liegenden und geheimen Andern pulst.

Warum denn auch nicht?

Wenn die Socialdemokratie im Stande ist, unserm deutschen und allen Völkern der Erde diejenige Glückseligkeit zu bringen, die sie verheißt; von den drückenden Fesseln materieller Sorge endlich den Armen zu befreien, ohne dadurch dasselbe Elend, das sie hier aufhebt, andern aufzubürden; diejenige schöne Gleichheit herzustellen, deren gänzlich Nichtvorhandensein dem fühlenden Menschenfreunde Schmerz und Kummer bereitet, wenn er neben maßlosem Reichthum die entsetzlichste Armuth sieht: wenn das die Socialdemokratie wirklich vermag, dann ist sie preiswerth und gut, ist ihr Ziel würdig des Strebens aller edlen Menschen.

Sehen wir uns das Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei an, wie es ihre Volksredner hier und da entwickeln, so werden wir mehre Punkte finden, die die Forderungen nach jenen hohen und schönen Gütern in sich zu fassen scheinen. Leider aber haben das verführerische jene Sätze nur durch die unklare Darstellung, verlieren aber viel davon, wenn sie auftreten in ihrer ganzen Radikalität.

Die Hauptforderung der Partei ist die Forderung eines „freien Volksstaates“, denn „die heutigen politischen und socialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen;“ es ist daher „der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klasse nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.“ Die Grundlage der Knechtschaft des Arbeiters bildet seine ökonomische Abhängigkeit von den Capitalisten, daher erstrebt die socialdemokratische Arbeiterpartei, unter Abschaffung der jetzigen Productionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

Das sind einige Fundamentalsätze aus dem socialdemokratischen Parteiprogramm, wie wir es in einer Parteischrift entwickelt finden. Die allgemeine Grundlage bildet die Idee des freien Volksstaates, auf welcher sich das neue politische Gebäude, in welchem alle Staatsbürger gleiche Pflichten und gleiche Rechte haben, erhebt; die Existenz des Einzelnen beruht im neuen Volksstaate aber nicht auf der jetzt gebräuchlichen Productionsweise, nach der jeder von dem lebt, was nur seiner Hände Arbeit ihm zuführt, sondern auf der genossenschaftlichen Arbeit aller. Dieser Satz von der genossenschaftlichen Arbeit ist die Hauptstütze des ganzen socialistischen Ideengebäudes, mit dem es sinkt und fällt. Daher wollen wir auch gerade den Satz heute beleuchten und ihn auf seine praktische Durchführbarkeit hin prüfen, andere uns ansprengend für später, und auch hier noch wollen wir vor der politischen voreerst der socialen Seite den Vorzug geben.

Das „unhaltbare, im höchsten Grade ungerechte der heutigen socialen Zustände“ beruht nach der socialdemokratischen Anschauung darin, daß der Arbeiter nicht den vollen oder doch wenigstens den Hauptertrag der von ihm gefertigten Arbeit erhält, sondern daß diesen der Unternehmer für sich bezieht, der Arbeiter aber nur so viel von dem Unternehmer erhält, wie gerade zur Fristung seines Lebensunterhaltes notwendig sei. Der Satz hat auf den ersten Augenblick etwas sehr Besessenes, und das um so mehr, wenn man als Beispiele für seine Richtigkeit die

Ausnahmen verwendet. Man sieht hiernach das Capital als eine neutrale Macht an, die, ungerechter Weise in den Besitz einiger weniger gekommen, an die aber ursprünglich alle das gleiche Anrecht haben. Das mag auch richtig sein, wenn wir auf die öconomischen Ursprünge der menschlichen Gesellschaft zurückgehen. Die müssen aber sehr frühe liegen; denn so weit die geschichtliche Kunde reicht, hat sich der Besitz auch schon verschoben, hier angehäuft, dort verflüchtigt. Aber fast eben so alt, wie die Ungleichheit des Vermögens, sind die Versuche, den Besitz wieder auszugleichen, und die Nationalöconomien aller Zeiten und Völker haben vergeblich an der Lösung dieses Problems gearbeitet. Natürlich. Auf theoretischem Wege oder auf dem der Gesetzgebung wird es nie zu lösen sein, und die beste Theorie über die Verallgemeinerung oder Gleichtheilung des Capitals wird immer nur eine Theorie bleiben, die praktisch sich unausführbar zeigt. Denn die Ungleichheit des Besitzes beruht ursprünglich nicht, wie man von Seiten der Socialdemokraten anzunehmen scheint, auf der Ungerechtigkeit des Schicksals, sondern vielmehr auf der Ungleichartigkeit der wirkenden Kräfte, seien das nun körperliche oder geistige, und auf der Ungleichartigkeit des Willens, mit dem man seine Kräfte ausnützt. Die Ungleichheit der Kräfte aber ist eine von den Ursprüngen der menschlichen Gesellschaft her feststehende und nach allen bisher gemachten Erfahrungen unabänderliche Thatsache. Man setze hundert Arbeiter von möglichst gleicher Leistungsfähigkeit auf eine abgeschlossene Insel, statte sie bis auf das kleinste gleich aus und lasse sie dort ihre Existenz auf eigene Hand fortführen: man wird keine zehn Jahre zu warten brauchen, um sie bei vollständig verändertem Besitzstande wieder zu finden. Wollte man bei uns im Großen diese Gleichheit schaffen, so dauerte es sicher keine acht Tage, und der Besitzstand wäre noch vielmehr verschoben als er es jetzt ist. Der schwächliche Arbeiter wird immer weniger leisten als der starke, der Verdienst des faulen und nichtsnutzigen Arbeiters wird und muß immer hinter dem des fleißigen und tüchtigen Arbeiters zurückbleiben, der kluge und praktische wird mehr als der dumme Arbeiter erreichen. Das wissen aber auch Diejenigen, welche jene Forderungen aufgestellt haben, sehr gut, und daher predigen sie nicht etwa den rothen Communismus, sondern den Volksstaat, durch den das unmögliche möglich werden soll.

Was versteht man unter dem „Volksstaat“?

Den wenigsten Socialdemokraten ist dieser Begriff recht klar, die Führer der Partei hüten sich, viel davon zu reden, und wo er einmal erwähnt wird, begnügt man sich gewöhnlich damit, zu sagen, was er nicht ist, und leugnet vor allem die sich aus demselben ergebenden Consequenzen. Mit gutem Grunde! denn sie wissen sehr wohl, daß für den Volksstaat die allerwenigsten sich begeistern können. Im Volksstaate ist nicht der Einzelne Besitzer, sondern der Staat. Alle Fabriken und Werkstätten, alle Etablissements gehören dem Staate; der als einziger Arbeitgeber dasteht, während alle Staatsbürger Arbeitnehmer sind. Auch der Ertrag der Arbeit fällt dem Staate zu, aber an demselben nehmen alle Arbeiter gleichen Antheil, und zwar nach Tagelohn, denn in Accord würde ja der eine wieder mehr verdienen können als der andere und die Gleichheit wäre gestört. Man wird leicht zugeben müssen, daß das das einzige Mittel ist, die vielgepriesene Gleichheit zu schaffen. Sie würde aber trohalledem noch nicht Bestand haben, wenn nun jeder mit seinem rechtmäßigen Antheile wirtschaften könnte, wie er wollte. Es wird also mit zwingender Nothwendigkeit sich ergeben, daß auch für die Bedürfnisse seiner Bürger der Staat sorgen, sie wenigstens auf das genaueste controliren muß. Denn sonst könnte ja der eine sparsamer leben als der andere und doch wieder — gegen die Abrede — ein reicher Mann werden, das aber darf ja nicht sein. Es muß also der Staat zunächst für sich arbeiten lassen und die Arbeitsproducte an die Arbeiter wieder verkaufen. Es müßten nun ferner alle gleichartigen Arbeitsproducte, also z. B. alle Röcke, alle Hosen etc. auch von gleichem Preise und also auch von gleicher Güte sein; denn wenn alle die gleiche Pflicht gegen den Staat haben, so haben sie auch das gleiche Recht, von ihm einen gleich guten Rock etc. zu erhalten, da sie ja ebenfalls im Stande sind, das gleiche Aequivalent an Geld, d. h. bei ihm verdienenden Lohn, dafür zu bieten. Man sieht, daß sich hier die sich nothwendig ergebenden Schlussfolgerungen schon bedenklich dem Unerlöschlichen nähern. Ebenso giebt es nur eine, und zwar natürlich eine